

(<http://www.hamburg.de/bsw/nofl/1368/register-fm/>) (<http://www.hamburg.de/bsw/nofl/9990/suchbox-fm/>) (<http://www.hamburg.de/bsw/nofl/9996/subnavigation-fm/>)



Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

23. Februar 2016

Zukunft der Flüchtlinge in Hamburg

Rede der Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt

Sehr geehrte Frau Hauptpastorin und Pröpstin,
sehr geehrter Herr Prof. von Scheliha,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen herzlich für die Einladung zu diesem Abend, an dem wir uns über Flucht und Migration unterhalten wollen, über Positionen und Konzepte.

Er findet inmitten einer lebhaften gesellschaftlichen Diskussion statt, wie wir sie leidenschaftlicher seit dem Mauerfall nicht mehr erlebt haben.

Zum einen, was die äußeren Ereignisse angeht: die Zahl der Schutzsuchenden, die aus den Krisenregionen dieser Welt nach Westeuropa kommen, der Umgang der Politik mit ihnen, die europäische Dimension dieser Herausforderung. Zum anderen, was die inneren Themen angeht: die starke Polarisierung in unserer Gesellschaft zwischen beeindruckender Hilfsbereitschaft und banger Skepsis gegenüber den erwarteten, oft befürchteten Veränderungen in unserem Leben.

Ich möchte – gerade in Ergänzung zum hochinteressanten Vortrag von Herrn Prof. von Scheliha – in der mir zugemessenen Zeit weniger über Unterbringungspläne und Baukonzepte sprechen als über die Grundlage, die unserem Handeln zugrunde liegt – oder liegen sollte.

Was ich damit meine, möchte ich anhand dreier Stichworte erläutern: die Menschlichkeit, der Pragmatismus und die Angst.

Ich beginne mit Letzterer, weil sie das stärkste Gefühl darstellt und weil sie um sich greift. Angst sei ein schlechter Ratgeber, heißt es. Aber sie hat Ursachen, und sie ist ernst zu nehmen.

Wer Angst hat, empfindet den Reflex, sich vor Unheil schützen zu wollen. Ängstliche Vorsicht hat unsere Vorfahren, deren Leben von der sie umgebenden Natur weitaus mehr bedroht war, als wir uns das heute vorstellen können, oft beschützt.

Heute hingegen leben wir im Vergleich dazu sicherer denn je, und seit 71 Jahren in Mitteleuropa ohne Krieg in Frieden.

Die Angst vor vielen Fremden, die auf einmal zu uns kommen, ist nicht automatisch gleichzusetzen mit dumpfer Ausländerfeindlichkeit. Es ist das Unbekannte, das ängstigt. Die sorgenvolle Frage: Ob und wie sehr verändert sich mein Leben durch die anderen? Diese Ungewissheit ist menschlich. So wie es sich für ein vernunftbegabtes Wesen wie den Menschen gehört, die eigenen Ängste auf ihren Gehalt hin zu überprüfen. Zum Beispiel mit dem Gedanken: Habe ich persönlich Nachteile durch Flüchtlinge oder sind Nachteile konkret absehbar? Erst dieses Zusammenspiel von Gefühl und Verstand verleiht uns die Fähigkeit zum Zusammenleben.

Ein wenig anders verhält es sich in der gewählten Politik und der öffentlichen Verwaltung, die verstandesorientiert handeln sollen – dem Allgemeinwohl verpflichtet und weder von Stimmungen noch von Ideologien geleitet.

Dass eine bürgerlich-konservative Regierung dabei andere Schwerpunkte setzt als eine sozial und ökologisch orientierte, widerspricht dem nicht. Der Eid auf die Verfassung bindet alle Regierenden gleichermaßen. Empathie, also die Einfühlung in Bedürfnisse, auch Sorgen und Nöte der Bevölkerung sind ebenso erlaubt, ja notwendig, um das Zusammenleben im Interesse möglichst aller gut zu gestalten.

Dass das im Alltag – und zwar buchstäblich alltäglich – Schwierigkeiten zeitigt, ist bekannt. Kaum eine Entscheidung der Behörden wird vorbehaltlos von allen begrüßt.

Ein Beispiel, das viele kennen: Ein neuer Kindergarten ist zwar schön für die Familien, die ihn nutzen – aber freuen sich auch die künftigen Nachbarn der Kita über die tobenden Kleinen?

Wollten wir also Entscheidungen immer nur auf der Basis eines hundertprozentigen Konsenses erlauben, dann gäbe es überhaupt keine Entwicklung mehr.

Das ist aber nicht als Freibrief zum bedenkenlosen „Durchregieren“ zu verstehen, im Gegenteil: Es ist die Aufgabe der

Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung, verantwortlich abzuwägen zwischen Einzelinteressen und dem Gemeinwohl.

Womit ich zum Stichwort Pragmatismus komme.

Der moderne Staat hat die sogenannte Daseinsfürsorge zu gewährleisten, also aller für das menschliche Dasein notwendigen Güter und Leistungen. Darüber hinaus gelten Fürsorgepflichten für Flüchtlinge nach Maßgabe der UN-Flüchtlingskonvention wie nach dem Recht auf politisches Asyl, das bei uns Verfassungsrang genießt.

Wenn nun innerhalb kurzer Zeit die Zahl der Schutzsuchenden stark ansteigt, sind Politik und Verwaltung nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich in der Pflicht, die neue Lage zu meistern.

2015 erreichten 61.598 Flüchtlinge unsere Stadt, 22.299 sind nach Verteilung gemäß dem Königsteiner Schlüssel in Hamburg geblieben.

Manche konnten wir in Wohncontainern unterbringen, manche mussten zunächst mit beheizten Zeltunterkünften Vorlieb nehmen.

Ein Großteil dieser Männer, Frauen und Kinder flohen vor Krieg, Vertreibung und Verfolgung und kamen nicht bloß deshalb, weil sie sich bei uns mehr Wohlstand erhofften. Und viele von ihnen antworten auf die Frage, was ihnen in Deutschland am besten gefällt, spontan: „Dass ich hier sicher bin.“

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mich berührt es zutiefst, dass jemand als wichtigstes Gut etwas benennt, was für mich so selbstverständlich ist wie sauberes Leitungswasser: Sicherheit!

Sicherheit alleine genügt aber nicht. Die Aufgabe, die große Zahl von Schutzsuchenden menschen-würdig unterzubringen, ist immens, und sie wird aller Voraussicht nach in allernächster Zukunft nicht kleiner. Auch im Januar dieses Jahres haben sich etwas mehr als 4.000 Menschen bei uns gemeldet.

Zurzeit wagt niemand sichere Prognosen. Wir rechnen erneut mit mehr als einer Million Flüchtlingen bundesweit in diesem Jahr. Entsprechend den derzeit geltenden Verteilungsschlüsseln entspricht das für Hamburg mehr als 30.000 Menschen zusätzlich zu denen, die bereits hier sind.

Aktuell verfügt unsere Stadt über rund 38.000 Plätze zur Unterbringung geflüchteter Menschen. Bis Ende 2016 werden also mindestens 79.000 Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen erforderlich sein – das ist die Dimension der humanitären Aufgabe, vor der wir stehen – oder der "humanitären Verpflichtung", von der Sie, Herr Prof. von Schleiha, eben sprachen.

Eine politisch unabhängige Expertenkommission der Robert Bosch Stiftung zur Flüchtlingspolitik schätzt aktuell, dass für die Unterbringung der im vergangenen Jahr nach Deutschland zugewanderten Flüchtlinge bundesweit 60.000 bis 125.000 zusätzliche Wohnungen benötigt werden.

Die Kommission fordert eine massive Ausweitung des öffentlichen Wohnungsbaus für kosten-günstigen Wohnraum, der allen Menschen offen steht.

Genau das tun wir in Hamburg, weil uns allen klar ist, dass ein Leben in Großzelten oder auch in Containern höchstens für die Zeit des Erstaufnahmeverfahrens zumutbar ist. Neben unserem ebenso ehrgeizigen wie erfolgreichen Wohnungsbauprogramm für mindestens 6.000 Wohnungen jährlich sollen noch in diesem Jahr in allen Hamburger Bezirken für Flüchtlinge rund 5.000 Wohneinheiten in gutem Standard begonnen werden, die später als Sozialwohnungen dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

Ein solcher Bedarf lässt sich – leider! – nicht mit kleinen Einheiten decken, erst recht nicht mit der gebotenen Dringlichkeit. Dafür braucht es Siedlungen mit 300, 400 oder auch mehr Wohneinheiten. Was immer noch überschaubar ist: Wir sprechen zum Beispiel am Rehagen in Hummelsbüttel etwa von vier Bauten mit 390 Wohneinheiten, vier- bis fünf-geschossig mit Innenhof.

Das alles ist kein Vergleich mit tatsächlich bestehenden Hamburger Großwohnsiedlungen wie etwa in Neuwiedenthal mit 13.500 Wohnungen oder Steilshoop mit 8.600, Mümmelmannsberg mit 7.300 oder Lohbrügge-Nord mit rund 6.000 Wohneinheiten – zehnbis zwanzig Mal so viele wie jetzt an den 17 aktuell geplanten Standorten für die Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen.

Ich kann Ihnen versichern: Gemeinsam mit den Bezirken machen wir uns die Entscheidung nicht leicht, wo wir wie viele Menschen unterbringen. Die Einwände und Bedenken: Wir sehen und hören sie und nehmen sie ernst. Zugleich gilt es, Entscheidungen zu treffen, um Schutzsuchenden ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Dafür ist die Politik demokratisch legitimiert. Wir sind kein Obrigkeitsstaat, in dem „die da oben“ selbstherrlich bestimmen. Es scheint an der Zeit zu sein, daran zu erinnern: Wir leben in einer Parlamentarischen Demokratie, die von der Beteiligung lebt.

Alle demokratischen Parteien sind dankbar für Menschen, die sich politisch engagieren möchten. Jede Ansicht, die sich mit den Werten des Grundgesetzes deckt, bekommt eine faire Chance, für Mehrheiten zu werben und auf diesem Weg die praktische Politik zu bestimmen.

Womit ich, meine Damen und Herren, vom Pragmatischen zum Menschlichen, zum Mitmenschlichen komme.

In der Verantwortung sind nämlich nicht nur Politik und Verwaltung. In der Verantwortung sind alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wohlgermerkt einer Stadt inmitten einer Wohlstandsgesellschaft, in der ich nicht erkennen kann, dass der allergrößte Teil ihrer angestammten Bewohnerinnen und Bewohner bisher konkrete, ernstzunehmende Nachteile durch die vielen Schutzsuchenden

Flüchtlinge erfahren hätten.

Wenig hilfreich sind obendrein Gerichtsentscheide, die sinngemäß besagen, dass Stadtteilen mit bislang geringem Migrantenanteil Flüchtlinge quasi grundsätzlich nicht zumutbar sind.

Bei diesen und anderen Widerständen gegen die Unterbringungspläne des Senats frage ich mich außerdem, warum Menschen mit Migrationshintergrund automatisch in Verbindung mit negativen Begriffen gebracht werden – ohne Beleg, lediglich aus einem diffusen Bauchgefühl heraus.

Welches Menschenbild liegt der Haltung zugrunde, Migranten generell als Zumutung zu begreifen? Eine Zumutung, die je nach Zahl der Personen größer oder kleiner ausfällt.

Flüchtlinge generell als Zumutung zu titulieren, finde ich nicht anständig und stellt für mich die eigentliche Zumutung dieser Tage dar. Sie ist der deutschen Gesellschaft nicht würdig.

Zur Erinnerung: Nach 1950 haben 4,5 Millionen Aussiedler Aufnahme in der Bundesrepublik gefunden, von den Flüchtlingen unmittelbar nach Kriegsende 1945 gar nicht zu sprechen; und zwischen 1990 und 1993 kamen eine Million Spätaussiedler hierher, was heute niemanden mehr kümmert.

Es ist ein Gebot der Menschenrechte, dass die ethnische Zugehörigkeit an sich kein moralisches Urteil begründet.

Ja, es gab die schlimmen Übergriffe in der Silvesternacht, die geahndet werden müssen. Demgegenüber hat die Polizei allein im vergangenen Jahr bundesweit rund 1000 Angriffe auf Flüchtlingsheime gezählt, und in diesen Tagen brennen oft Unterkünfte vor allem im Osten Deutschlands.

Noch einmal: Wir sollten Befürchtungen, gleich welcher Art, ernst nehmen. Bei anderen wie bei uns selbst, denn kein Mensch ist frei von Vorurteilen. Wir dürfen allerdings nicht zulassen, dass sich diffuse Ängste mit dem politisch rechten Rand verbünden.

Die vielbeschworene Integration braucht dreierlei:

- integrationswillige Neubürgerinnen und -bürger,
- eine Gesellschaft, die bereit ist, Fremde und Fremdes zu integrieren
- und Rahmenbedingungen, die stimmen.

Dafür tun wir als Senat alles in unserer Macht Stehende. So kümmern wir uns nicht nur um Erst- und Folgeunterkünfte, sondern selbstverständlich werden Kitas und Schulen mitgedacht, Nahverkehrsverbindungen, medizinische Versorgung, Begegnungs- und Beratungsräume, Einkaufsmöglichkeiten und all das, was für ein gutes Leben in unserer Stadt, was für stabile Nachbarschaften nötig ist.

Das eigentliche Zusammenleben aber, das ist die Aufgabe für uns alle. Aufeinander zuzugehen, einander im Alltag zu unterstützen, offen zu bleiben. Im Supermarkt, an der Bushaltestelle, vielleicht im Stadtteiltreff oder im Eiscafé – überall da, wo alltäglich Begegnung stattfindet.

Mehr denn je ist es unsere Pflicht, Befürchtungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Und im Zweifel dem Fremden, den Fremden eine Chance zu geben und auf unser Regelsystem des Zusammenlebens zu vertrauen, das sich seit Bestehen der Bundesrepublik bewährt hat. –

Getreu der Präambel der Hamburger Verfassung, in der es heißt: „Jedermann hat die sittliche Pflicht, für das Wohl des Ganzen zu wirken. Die Allgemeinheit hilft in Fällen der Not den wirtschaftlich Schwachen und ist bestrebt, den Aufstieg der Tüchtigen zu fördern.“

Meine Damen und Herren,

viele von Ihnen kennen vermutlich „Casablanca“ mit Ingrid Bergman und Humphrey Bogart. Der Spielfilmklassiker spielt unter Menschen, die 1942, während die Nazis fast ganz Europa besetzt halten, vor Diktatur und Verfolgung fliehen und auf ein Ticket nach Amerika hoffen. Viele echte Emigranten haben in „Casablanca“ mitgewirkt, darunter Paul Henreid, Peter Lorre, Conrad Veidt. Auf einer Karte wird im Film deren Fluchtroute nachgezeichnet: durch Frankreich, übers Meer und dann über Land nach Nordafrika.

Schätzungsweise eine halbe Million Juden, politisch Aktive und Verfolgte flohen zwischen 1933 und 1945 vor den Nazis. Viel weniger als die 50 Millionen Menschen, die in diesen Tagen weltweit auf der Flucht sind. Aber es sollte uns daran erinnern, dass auch Deutsche einmal auf Hilfe in anderen Ländern angewiesen waren.

An diese historische Verantwortung knüpfte unlängst eine gemeinsame Erklärung der „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ an, unterzeichnet von den Spitzenvertretern der großen Religions-gemeinschaften, Arbeitgebern, Gewerkschaften, aus Kultur, Sport und Naturschutz. –

Vor drei Tagen, am 20. Februar, war der „Welttag der sozialen Gerechtigkeit“, der seit 2009 auf Initiative der Vereinten Nationen begangen wird.

Von weltweiter sozialer Gerechtigkeit sind wir noch weit entfernt – aber wir können Schritte in die richtige Richtung unternehmen. Darüber zu sprechen und nötigenfalls auch zu streiten tut unserer Gesellschaft gut, weil sich daraus auch die Chance eröffnet, darüber zu reden, welche Gesellschaft wir denn überhaupt wollen.

Im Sinne des „sittlichen Werts politischer Ordnung“, von der Herr Prof. Scheliha sprach, erhoffe und setze ich mich ein für eine

Gesellschaft, die ihre Mitmenschlichkeit bewahrt, sei es im Interesse sozialer Gerechtigkeit, aus christlicher Nächstenliebe heraus – oder schlicht aus Anstand.

Vielen Dank.

23. Februar 2016

KONTAKT

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

040 428 40-0

info@bsw.hamburg.de
(mailto:info@bsw.hamburg.de)



FHH Pressearchiv

Pressearchiv des Senats

Sie haben hier die Möglichkeit, nach Stichworten das Pressemeldungsarchiv des Senats und einzelner Fachbehörden zu durchsuchen.

(<http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/>)

ZUM NACHLESEN



Dr. Dorothee Stapelfeldt

Reden der Senatorin

Hier finden Sie die Manuskripte der gehaltenen Reden.

(<http://www.hamburg.de/bsw/4602346/senatorin-reden/>)

DISKUTIEREN SIE MIT!





Bürgerdialog

Die Stadtwerkstatt ist die neue Plattform für Information und Bürgerbeteiligung bei Hamburger Planungsprojekten.

(<http://www.hamburg.de/stadtwerkstatt/>)

UNSERE BÜRGERTHEMEN

 Stadtentwicklung (<http://www.hamburg.de/stadtentwicklung/>)

 Wohnen (<http://www.hamburg.de/wohnen/>)

ÖFFENTLICHES HANDELN WIRD ÖFFENTLICHER

Transparenzgesetz

Hamburg wird transparenter

Das neue Transparenzgesetz soll noch tieferen Einblick in die Verwaltung geben. Anträge auf Zugang zu Informationen können Sie per E-Mail an die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen schicken:

transparenzgesetz@bsw.hamburg.de

(<http://www.hamburg.de/transparenzgesetz/>)

Behördenfinder

A (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/a/>)

B (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/b/>)

C (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/c/>)

D (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/d/>)

E (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/e/>)

F (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/f/>)

G (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/g/>)

H (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/h/>)

I (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/i/>)

J (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/j/>)

K (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/k/>)

L (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/l/>)

M (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/m/>)

N (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/n/>)

O (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/o/>)

P (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/p/>)

Q (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/q/>)

R (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/r/>)

S (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/s/>)

T (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/t/>)

U (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/u/>)

V (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/v/>)

W (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/w/>)

Y (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/y/>)

Z (<http://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/a-z/z/>)

Stichwortsuche

ANZEIGE



URHEBER DER BILDER

Auf dieser Seite werden Bilder von folgenden Urhebern genutzt:

Zeitungen: Halina Zaremba/www.pixelio.de
(<http://www.hamburg.de/contentblob/3110736/data/zeitungen-medien-pixelio.jpg>), Dr. Dorothee Stapelfeldt: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (<http://www.hamburg.de/contentblob/4602410/data/b-senatorin-stapelfeldt-2015.jpg>), Stadtwerkstatt: BSU (<http://www.hamburg.de/contentblob/3708792/data/stadtwerkstatt-308x173.png>), Picknick Stadtpark: Bildagentur Hamburg Alexander Sommer (<http://www.hamburg.de/contentblob/4348048/data/teaser-hamburger-bild.jpg>), Hafen mit Sonnenuntergang: www.elblicht.net, Mathias Kröning (<http://www.hamburg.de/contentblob/4348046/data/teaser-matrix-bild-stadtpark.jpg>), Hamburger Rathaus: Andres Lehmann, www.andreslehmann.de (<http://www.hamburg.de/contentblob/4348044/data/rathaus-teaser-matrix-bild.jpg>)

Alle Quellen anzeigen